

FREIE SICHT



Reiner Eichenberger

Professor an der Universität Freiburg

Das grosse Defizit der AHV-Reform

Die AHV-Reform, über die wir bald abstimmen, hat ähnliche Mängel wie die letzten gescheiterten Anläufe. Zwar ist offensichtlich, dass die Stabilität der Schweizer Altersvorsorge nur mit steigender Lebensarbeitszeit auch für Männer erreicht werden kann. Trotzdem setzt die Politik auf Steuererhöhungen, erklärt die Renten ab 65 für sakrosankt und versucht sie im Rahmen von «Kompensationsmassnahmen» sogar zu erhöhen. Weshalb tut sie das?

Diese Art von «Reformen» nutzen die Altersvorsorge als Umverteilungsmaschine von stimmrechtslosen Ausländern zu stimmberechtigten Schweizern. Das funktioniert so: Innerhalb der Familien gibt es massive intergenerationelle Flüsse von Geld und Arbeit. Diese lenken einen bedeutenden Teil der Rentenzahlungen und Freizeit dank Pensionierung von den Alten an ihre Kinder, sei es durch Zuwendungen, Vererbung, Hilfsarbeiten oder Enkelbetreuung. Somit bringt die Rentenpolitik Umverteilung zwischen drei Gruppen von Individuen: Rentnern, Jungen mit Eltern mit schweizerischem Rentenanspruch und Jungen ohne Eltern mit schweizerischem Rentenanspruch. In der Schweiz arbeiten viele hunderttausend Zuwanderer – der Ausländeranteil unter den 30- bis

«Das heutige System ist eine indirekte Zuwanderungssteuer.»

35-Jährigen ist bei 40 Prozent –, die keine Eltern mit schweizerischen Rentenansprüchen haben. Sie sind die Nettozahler, haben aber kein Stimmrecht und politisch kaum Gewicht. Auf der anderen Seite haben die Rentner und die Jungen mit Eltern mit schweizerischen Rentenansprüchen als Profiteure hoher Renten hohes politisches Gewicht, da sie durch Geburt oder Einbürgerung zumeist stimmberechtigt sind.

Mit der Zuwanderung wächst die Zahl der stimmrechtslosen Arbeitstätigen ohne Rentner-Eltern, und mit der Lebenserwartung wächst die Zahl der stimmberechtigten Rentner und so auch der stimmberechtigten Jungen mit noch lebenden Rentner-Eltern. Damit bewirken hohe Renten und ein tiefes Rentenalter eine immer grössere Umverteilung von Zuwanderern zu Inländern. Oder anders gesagt: Das heutige Rentensystem ist eine indirekte Zuwanderungssteuer. Der Einwand, die Wähler durchschauten den Umverteilungsmechanismus doch nicht, ist hinfällig. Denn das müssen sie gar nicht. Sie spüren ihn im Portemonnaie. Viel effizienter und nachhaltiger als eine versteckte, indirekte Zuwanderungssteuer über immer höhere Steuern für alle wäre ein Paket mit einer offenen, direkten Zuwanderungssteuer und einer Rentenreform, die den Alten Anreize und die Möglichkeit gäbe, freiwillig länger zu arbeiten, indem die Einkommenssteuern auf Arbeitseinkommen ab 65 massiv gesenkt würden.

In dieser Kolumne schreiben Isabel Martínez, Ökonomin an der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich, Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, Ökonom Klaus Wellershoff von Wellershoff & Partners sowie der «Handelszeitung»-Co-Chefredaktor Markus Diem Meier.